

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

20.6.1919 (No. 169)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Die Gesch. Monarchien
alle oder deren Raum
25 Pf. Restlos 1 Pf.
an erst. Stelle 1.20 Pf.
Auf diese Preise
30% Zuerückzahlung
Rabat nach Paris.
Anlagen-Annahme
bis 12 Uhr mittags.
Neuere Anlagen spät.
bis 4 Uhr nachmittags.
Verordnungsamt 11/12.
Geschäftshalle Nr. 209.
Berlin Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 594.

Verantwortlich für den Inhalt: Martin Gollinger; für Baden, Vohles und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Heilbronn: Carl Dellemege; für Interate Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. H. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Setzrich, Friedenau, Regestrasse 65/66. Teleph.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erloslos, wenn Porto beiliegend ist.

116. Jahrg.

Freitag, den 20. Juni 1919

Nr. 169.

Rücktritt des Reichsministeriums.

Weimar, 20. Juni. (Wolff.) Das Kabinett ist zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weitergeführt, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns berichtet:

In dieser Nacht ist das ganze Ministerium zurückgetreten. Dieser Entscheidung gingen seit gestern mittag in überhitzter Hast sich von Stunde zu Stunde ändernde Situationen vorher. Um Mittag wußte man, daß das Kabinett entschlossen war, besonders auf Einwirkung der Herren der Versailler Delegation, an der Ablehnung der Friedensbedingungen festzuhalten, und daß daraus nach parlamentarischen Regeln sich eine Ministerkrise ergeben mußte, wenn in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Zustimmung zu den Bedingungen zustande kommen sollte.

Im allgemeinen konnte man gestern nachmittag annehmen, daß eine solche Mehrheit sich bilden würde. Aber im Laufe des Abends änderte sich das Bild völlig. Die Demokratische Partei ließ in einer Fraktionsführung ihre Mitglieder abstimmen und dabei ergab sich das Resultat, daß von 65 Anwesenden 56 für die Ablehnung waren, 6 für die bedingte Annahme bzw. stellen sie ihre Entscheidung noch zurück und nur einer war für die unbedingte Annahme. Infolge dieses Beschlusses trat u. a. der Freiherr von Richtigshofen als Führer der Minderheit aus dem Friedensauschuß zurück, weil der Minderheit keine Vertretung in dem Friedensauschuß eingeräumt ist. Es hieß sogar, er wäre aus der Fraktion sofort ausgeschieden, doch stimmt das nicht. Er hat aber gestern an den Ministerpräsidenten Scheidemann einen Brief geschrieben, in dem er Einspruch erhob gegen die Unterstellung, für seine Person nach einem Ministerposten zu streben.

Die Rechtssozialisten gelangten in einer Fraktionsabstimmung gestern abend zu 77 Stimmen für Annahme, 33 für Ablehnung. Die Entscheidung schien also beim Zentrum zu liegen, und hier kam die Ueberraschung, daß vier Fünftel der Mitglieder der Fraktion sich auf einen sogenannten Kompromiß einigten, nämlich auf eine bedingte Annahme unter dem Vorbehalt, daß die Gegner auf die sogenannten Ehrenpunkte, wie Auslieferung des Kaisers und anderer deutscher Führer, verzichten, und daß Deutschland nach 3 Monaten als vollberechtigtes Mitglied in den Völkerverbund aufgenommen werden sollte. Man durfte sich von Anfang an nicht im Unklaren sein, daß zwar für diese bedingte Annahme in der öffentlichen Meinung Amerikas eine Zustimmung zu erwarten gewesen wäre, daß aber die allierten Staatsmänner in Paris dieses bedingte Ja eben nur als ein Nein auffassen würden. So war die Situation gestern abend ganz unklar.

Dazu kann noch einmal betont werden, daß die Regierung selbst auf die Fraktionen am Nachmittag offenbar einen sehr starken Einfluß ausgeübt hatte. So ist die Abstimmung in der demokratischen Fraktion offenbar besonders durch die Einwirkung einer dort gehaltenen Rede des Versailler Delegierten Prof. Schäffling erfolgt. Auch in anderen Mehrheitsparteien hatte die Regierung sagen lassen, sie erwarte fest, daß sie sich im Sinne der Kabinetts- und Delegationsentscheidung für die Ablehnung entscheiden würden. Die Deutsch-Nationale und die Deutsche Volkspartei, bei denen einige lübeckische Mitglieder von Anfang an Bedenken gehabt hatten, die aber schon vorgestern sich doch einmütig für die Ablehnung ausgesprochen hatten, hielten unter diesen Umständen erst recht bei ihrem Nein. In den späteren Abendstunden war die Aussicht so, daß eine Mehrheit für die Ablehnung zustande kam und daß das Kabinett Scheidemann neu gestützt erschien.

Es folgte nun eine interfraktionelle Sitzung im Beisein der Minister, die um 11 Uhr im Schluß begann. Und hier ist nun mit kolossaler Ueberraschung auch der politischen Kreise ganz schnell der Umsturz eingetreten. Zunächst soll in der sozialdemokratischen Partei sich die Mehrheit für die Annahme noch verstärkt haben, denn ist offenbar, wie sich aber im Augenblick noch nicht feststellen läßt, das Zentrum umgeben, und damit war natürlich die Mehrheit gegen eine Ablehnung gegeben und das Kabinett sah keinen anderen Ausweg, als zurückzutreten. Diese Entscheidung erfolgte erst in der Nacht um 1 Uhr. Das Kabinett hat sich bereit erklärt, wie hinzugefügt werden kann, die Geschäfte weiter zu führen, bis Reichspräsident Ebert ein neues Ministerium ernannt hat. Die schon an dieser Stelle genannten Namen wie Erzberger,

Freiherr v. Richtigshofen, Hermann Müller, werden auch jetzt in erster Linie wieder genannt. Die politische Gesamtlage ist durch die Demission des Kabinetts in verhängnisvoller Weise neu verwickelt und verschärft worden. Es wird der Zurückstellung jedes Parteiegoismus und persönlicher Rücksichten unbedingt bedürfen, um in der kurzen Frist, die die Feinde uns gesetzt haben, zu einem Entschluß zu gelangen und eine Verschlimmerung des innerpolitischen Chaos, welches auch das äußere Verderben nach sich ziehen müßte, zu vermeiden.

Zusammentritt des Kabinetts.

Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Das Kabinett ist in Weimar um 4 Uhr zusammengetreten und hat bis in die Nacht hinein getagt. Heute findet eine gemeinsame Sitzung des Kabinetts mit der Friedensdelegation statt.

Zusammenberufung des Friedensauschusses.

Weimar, 20. Juni. (Wolff.) Der Friedensauschuß der Nationalversammlung ist für Freitag nachmittags 4 Uhr zusammenberufen worden.

Eine Erklärung der von der Reichsregierung ernannten Sachverständigen.

Weimar, 20. Juni. (Wolff.) Die finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen, die auch an den Beratungen in Versailles teilnahmen, sind einstimmig der Ueberzeugung, daß diese Bedingungen unerfüllbar sind und den vollständigen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen müßten. Sie empfehlen daher dem Kabinett, die Friedensbedingungen abzulehnen.

Weimar, 20. Juni. (Wolff.) Die Sachverständigen der Regierung sind gegen die Annahme des Friedensvertrages. Die von der Reichsregierung ernannten Sachverständigen haben am Mittwoch, den 18. Juni in ihrer Vorbesprechung über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages und die Frage seiner Unterzeichnung einstimmig folgenden Bescheid gefaßt:

Das durch den Krieg finanziell und in seiner Bevölkerungsstärke sowie durch die Hungerkatastrophe in der Arbeitsfähigkeit geschwächte Deutschland soll nach der Antwort der Entente unerschütterlich bleiben. Das könnte es nur sein, wenn es sich wirtschaftlich rühen, als produzierend und exportieren könnte. Darin ist es aber durch die von der Entente aufrechterhaltenen Bestimmungen gehindert. Deutschland soll den Ententeleistungen unbeschränkt freie Hand bei der Beschaffung der Rohstoffe haben, sondern auch der Staatsanbahnungen gewährt. Diese Bestimmungen sind aber selbst von den Ententeleistungen auf mindestens 5 Jahre verläßt. Deutschland soll seinen Rollkreis in wichtigen Punkten auf die dem Friedensschluß folgende nächste Zeit binden, nicht aber dem Auslande gegenüber völlig freien Rollkreis gewähren. Die verlässlichen Grundlagen für seine Rechte und den internationalen wirtschaftlichen Verkehr fehlen für Deutschland so gut wie ganz. Rechte hat nur die Entente gegenüber Deutschland. Bei dieser Sachlage ist die Aufnahme von Handelsbeziehungen gegenüber den Ententeleistungen und der Export dorthin ausgeschlossen, denn irgend eine auf fester Grundlage aufgebaute Korporation ist kaum möglich, so daß Deutschland seine bisherigen Märkte den Fremden überlassen muß, denn alle anderen Staaten werden die Deutschen aus dem Felde schlagen können.

Sie werden die deutsche Produktion und die Rohstoffe dauernd niederhalten. Dies wird verschlimmert durch die gleichfalls aufrechterhaltene Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande und die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, wodurch zwei Faktoren, die vor dem Kriege die deutsche Handelsbilanz trotz des davorherigen Handelsabfalls aktiv machten, wegschwinden sind. Deutschland würde also selbst bei territorialer Unversehrtheit nur schwer produktiv arbeiten können. Durch die gleichfalls nach der Antwort der Entente wieder angeforderten territorialen Abtrennungen wird die deutsche Erzeugung von Kohlen, Erzen und landwirtschaftlichen Produkten über alle Maßen beschränkt. Außer den früher schon in großen Mengen aus dem Auslande bezogenen Rohstoffen müßte Deutschland auch die auf diese Weise verloren geangenen Erzeugnisse importieren. Da ihm aber der Außenhandel genommen ist, ist es außerstande, diese Erzeugnisse zu bezahlen. Es eracht sich also die wirtschaftliche Unmöglichkeit, die neuen Ententebedingungen zu erfüllen. Einen nicht erfüllbaren Vertrag zu unterschreiben, bedeutet die Achtung vor der Vertrauenswürdigkeit und vor sich selbst.

Die Stellungnahme der Fraktionen.

Das Zentrum.

Weimar, 20. Juni. (Wolff.) Die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung hat heute nachmittags in längerer Sitzung nochmals eingehend ihre Stellung zum Friedensvertrag beraten und am Schluß beschlossen, mit einer vier Fünftel-Majorität sich für die Annahme des Friedensvertrages entschieden, ausgenommen die Punkte, welche die Schuld am Kriege und die Ehre der Nation berühren (Auslieferung des Kaisers usw.).

6. Berlin, 20. Juni. Der vom Zentrum, dem beiden anderen Mehrheitsparteien unterbreitete Kommissionsentwurf, enthält drei Punkte: Ablehnung der Auslieferung des Kaisers, der Reichspräsidenten und der Beurteilung vor einem Gerichtshof der Entente, sowie die Erklärung, daß die wirtschaftlichen Bedingungen unerschütterlich seien. 29 Abgeordnete sind für eine solche motivierte Annahme der Friedensbedingungen.

Die Deutsch-Demokratische Partei.

Weimar, 20. Juni. (Wolff.) Die Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei nahm gestern abend

eine Probeabstimmung vor. Von 65 anwesenden Mitgliedern stimmten acht beinahe, einer unbedingt für die Unterzeichnung des Vertrages, die anderen dagegen.

6. Berlin, 20. Juni. Die Demokratische Fraktion leute dem Abg. Frhr. v. Richtigshofen, der Austritt aus der Fraktion nahe, weil er zu denjenigen Abgeordneten gehöre, die für eine solche Annahme der Bedingungen seien. 58 Abgeordnete der demokratischen Fraktion stimmten dafür, daß man den Wea des vom Zentrum empfohlenen Kommissionsentwurfes beifolgt solle.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-Nationale Volkspartei würden, wie berichtet wird, einen motivierten Frieden als immer noch unabweislich ablehnen.

Die Sozialdemokratie.

6. Berlin, 20. Juni. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, daß dem Reiche in diesem Augenblicke nichts anderes übrig bleibe, als dem Vertrage die Unterschrift zu geben.

6. Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung sprach sich für die Unterzeichnung des Friedensvertrages aus.

*

Die Haltung der Minister.

6. Berlin, 20. Juni. An absolut abschließendem Sinne äußerten sich in der Kabinettsitzung folgende Minister: Dr. Bruns, Dernburg, Brockhoff-Mankau, Landsberg, Gothein und Giesberts.

Zunehmende Stimmung für die Annahme.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Köln, 20. Juni. Die „Köln. Ztg.“ brachte gestern früh einen Leitartikel, in dem sie sich zum erstenmal für die Annahme der Friedensbedingungen aussprach. Aus Köln wird zuverlässig berichtet, daß sich bei den dortigen alliierten Besatzungsgruppen eine gehobene Stimmung eingestellt habe, da man mit einem militärischen Spaziergang nach Berlin rechne. Es darf in Deutschland nicht vergessen werden, daß die französische Heeresleitung für einen eventuellen Vormarsch nach Deutschland die eventuellen und älteren Mannschaften, die kriegerische und auch politisch mit der Politik Clemenceaus nicht einverstanden sind, überhaupt nicht mehr verwenden werde. Die sogenannten Expeditionstruppen bestehen außer aus kolonialen Truppen aus den jüngsten Jahrgängen, die ihre natürliche Abenteuerlust durch keine Bedenken politischer oder persönlicher Art beeinträchtigen lassen.

Aus Breslau wird jetzt ebenso berichtet, daß man sich dort mit einer bewaffneten deutschen Erhebung doch keinen übertriebenen Vorstellungen hingeben dürfe. Auch in Oberschlesien sei die Stimmung in letzter Zeit wahrnehmbar resignierter geworden.

Für das Verbleiben im Reich.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Thorn, 20. Juni. Die Kreisversammlung von Thorn und einer Anzahl anderer Städte Kommerzens der Sozialdemokratischen Partei beschlossen, nachdrücklich das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu fordern. Sie erklärten sich im Interesse der gesamten Arbeiterschaft der deutschen wie der polnischen, im Falle der Abstimmung für das Verbleiben in der deutschen Republik.

Der Ruf nach der Volksabstimmung.

Berlin, 20. Juni. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik tritt im „Vorwärts“ für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein. Es werde in Deutschland niemanden geben, dem das Ja oder Nein nicht als riesenschweres Schicksalswort erscheine. Jetzt aber könne nicht mehr ausgemittelt werden, und der Zentralrat halte es für seine Pflicht, auszusprechen, daß die Unterzeichnung als ein Resultat der Zwangslage Erlöschen müsse. Sie bedeute kein Abfinden mit den uns auferlegten Bedingungen, im Gegenteil, daß deutsche Volk werde nicht aufhören, für die Revision dieser Bedingungen zu wirken, und es hoffe, daß die beginnende Einheit bei den Völkern der Entente die Revision beschleunigen werde.

Gleichzeitig mit der Erklärung des Zentralrates veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Artikel von Erwin Bahr, in dem mit Wärme die Volksabstimmung empfohlen wird, weil zu glauben sei, daß für diese Lösung im deutschen Volke wie in den Kreisen der politischen Führer eine überwältigende Mehrheit eine große Entschlossenheit erwidert werden könne.

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird gleichfalls an die Stimme des Volkes appelliert und gesagt: Hat schon jemand danach gefragt, wo die Entente in ihrem Entwurfe und die sofortige Zufuhr von Lebensmitteln zu erschwärigen Preisen zugesichert hat für den Fall, daß wir unterzeichnen? Das steht nirgends. Wohl liegen heißt es weiter, an unserer Grenze Vorwärts bereit für Einfuhr, wo steht geschrieben, daß unseren Befragten sofort nach Unterzeichnung die Heimkehr offen stehen wird? Es steht nirgends, und stände es irgendwo, so würden die Klauseln von der Zurückbehaltung der Beiratsgebühren genug sein, eine große Zahl auf unabsehbare Zeit der Freiheit zu berauben. Findet die Regierung die Entschlossenheit, fest zu bleiben in dieser Stunde, bei der Volksvertretung keine Stütze, so appelliere sie an das Volk. Die Stimme des Volkes würde schon zum Ausdruck bringen, daß wir trotz allem stark genug sind, im Interesse unserer Zukunft die einzig mögliche Antwort zu geben.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas

(Eigener Drahtbericht.)

6. Chiasso, 20. Juni. Laut Büro Europa Press entwickelte der amerikanische Finanzminister ein Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas. Danach sollen in den Vereinigten Staaten für die verschiedenen Ausfuhrzweige Organisationen gegründet, in Europa große internationale Komitees gebildet werden, die die Aufgabe haben, das Mindestbedürfnis jedes einzelnen Landes an Rohstoffen festzustellen und diese Feststellungen der amerikanischen Organisation zu übermitteln. Diese würde ihrerseits übertragbare Titel herausgeben, die von den betreffenden Staaten zu garantieren wären. Diese Titel würden dann mit Unterstützung, vielleicht auch unter Garantie des amerikanischen Schatzministeriums, dem Publikum angeboten werden.

Die Entente-Antwort.

(Schluß.)

Paris, 18. Juni. (Wolff.) Die Bestimmungen über das Vorkriegsregime haben nur das eine Ziel die Provinzen und Sachen wieder in den Rechtszustand zu versetzen, in dem sie sich 1871 befanden, ganz gleichgültig, ob sie die Nationalitäten, die Schulden oder die Güter ihrer Staaten betreffen. Die Verpflichtung, die damals begangene Ungerechtigkeit wieder gut zu machen, lasse keine andere Wahl; denn das deutsche Volk habe diese Verpflichtung angenommen, indem es die 14 Punkte Wilsons unterschrieb.

Sinnlich der militärischen Bestimmungen sollen im Interesse des Friedens und mit Rücksicht auf das Wohlergehen des deutschen Volkes folgende Änderungen vorgenommen werden: Die Reduktion des Heeres soll in längeren Zeiträumen vorgenommen werden, als im Vertrage vorgesehen ist. Die Höchststärke des Heeres darf 300.000 Mann nicht überschreiten. Sie muß aber bis zum 30. März 1921 die im Vertrag festgesetzte Höchststärke von 100.000 Mann erreicht haben. Eine militärische Sachverständigenkommission, der a. und a. Mächte wird zuzusetzen, in welchen Zeiträumen die Verabreichung des Mannschaftsbestandes zu erfolgen hat. Die vorgeschlagene Frist zur Schließung der Befestigungen wird abgeändert. Alle Befestigungen usw. westlich einer Linie von 50 km südlich des Rheines werden entwaflnet und geschleift. Die Befestigungen in den von den Alliierten besetzten Gebieten werden geschleift, wenn die Alliierten dies bestimmen.

Sinnlich der Verantwortlichkeit heißt es, daß es ungeheuerlich sei, wenn denjenigen eine Beurteilung über die Kriegsschuld anvertraut würde, die sich zu Komplizen derjenigen gemacht haben, die für die Verbrechen gegen das internationale Recht und die Menschheit direkt verantwortlich seien. Das Gericht, welches die a. und a. Mächte einleiten werde, werde die Meinung der großen Mehrzahl der zivilisierten Welt vertreten. Der Vorkriegs-Vertreter von Völkern, die an diesem Krieg nicht teilgenommen haben, in dieses Gericht aufzunehmen, könne nicht in Betracht gezogen werden, und die a. und a. Mächte sind bereit, die Verantwortung für die Unparteilichkeit und den Gerechtigkeitssinn, mit welchem die Angeklagten beurteilt werden würden, auf sich zu nehmen. — Weiter wird erklärt, daß die Stellung des ehemaligen deutschen Kaisers unter öffentliche Anklage nicht einen grundsätzlich juristischen, sondern einen formalen Charakter habe. Diese Verletzung in den Anklagezustand sei eine Frage der höheren internationalen Politik und sei das Mindestmaß von dem, was man verlangen könne für das größte Verbrechen, das gegen die internationale Moral, gegen den bürgerlichen Charakter der Verträge und die wichtigsten Grundsätze der Gerechtigkeit begangen worden sei. Die alliierten und assoziierten Mächte würden einen Monat nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die definitive Liste der auszuliefernden Personen unterbreiten.

In bezug auf die Wiedergutmachungen müßten die Mächte erklären, daß sie in eine grundsätzliche Diskussion über die Basis derselben nicht eintreten könnten. Immerhin fände der Vorschlag Annahme, daß Deutschland innerhalb vier Monaten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages Vorschläge für die Wiedergutmachungen unterbreite, die die Alliierten loyal prüfen würden. Deutschland könne auch zu den Wiedergutmachungsarbeiten Arbeiter, Material und Techniker anbieten. Deutschland besitze die Freiheit, alle Anregungen oder Angebote von praktischen und momentlichem Charakter zu machen, die darauf abzielen würden, die Schätzung der Schäden zu vereinfachen und das Gebiet der Einzeluntersuchungen zu beschränken, vor Ausführung der Arbeiten einen Antriebs zu geben, und die definitive Festsetzung der Schulden Deutschlands zu beschleunigen. Es sei aber unmöglich, sich darauf festzulegen, daß diese Vorschläge angenommen würden. Sie würden aber ernsthaft geprüft werden, wenn diese deutschen Vorschläge zu einer raschen und praktischen Regelung führen würden, dann würden sich die Mächte darüber freuen. — Weiter heißt es, daß die Mächte an der Wiedergutmachung des industriellen Lebens in Deutschland ebenfalls interessiert seien. Sie seien auch bereit, Deutschland kommerzielle Erleichterungen nicht zu verweigern, die Deutschland ein Wieder-aufleben ermöglichen würden. Auch in dieser Frage müßten die Mächte ihre eigene wirtschaftliche Lage in Betracht ziehen, und die, welche sich für die Welt aus den deutschen Angriffen ergeben habe. Die Mächte erklären nochmals sich bereit, in gemeinsamem Interesse Deutschland zu diesem Zwecke Erleichterungen zu verschaffen. Inzwischen muß der Friedensvertragsentwurf als endgültig angenommen

men und untergeordnet werden. Die 4. und 5. Mächte könnten einem längeren Ausschuss nicht zustimmen.

Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Die hauptsächlichsten Bestimmungen betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande enthalten u. a. folgendes: Kein deutscher Truppenkörper darf das besetzte Gebiet betreten. Die Zahl der Polizeikräfte wird von den Mächten bestimmt. Es wird ein hoher internationaler Ausschuss errichtet, eine Zivilbehörde, die als oberster Vertreter Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas gilt.

Im der Anschlussfrage Österreichs nehmen die alliierten und assoziierten Mächte Kenntnis von der Erklärung, durch welche Deutschland versichert, daß es niemals die Wüste gebaut hat und niemals die Wüste haben wird, mit Gewalt die deutsch-österreichischen Grenzen zu verändern.

In bezug auf Memel heißt es: Die alliierten und assoziierten Mächte weigern sich, zuzugeben, daß die Abtretung des Gebietes von Memel dem Nationalitätenprinzip entgegensteht. Das fragliche Gebiet ist immer litauisch gewesen, die Mehrheit der Bevölkerung ist nach Ursprung und Sprache litauisch.

Der Wortlaut des abgeänderten Friedensvertrages.

Verailles, 19. Juni. Die „Petit Parisien“ wissen nicht, was die französische Regierung den Wortlaut des abgeänderten Friedensvertrages am nächsten Samstag veröffentlichen lassen.

Differenzen zwischen der Denkschrift und dem verbesserten Urtext.

Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Wie von zukünftiger Seite verlautet, bestehen zwischen der Denkschrift und dem verbesserten Urtext des Vertrages Differenzen. Es fehlen unter den Verbesserungen gewisse Bestimmungen, die in der Denkschrift vorhanden sind, oder auf diese hinweisen.

Angenauigkeiten.

Genf, 18. Juni. (Wolff.) „Journal de Geneve“ glaubt, daß Wilson selbst Clemenceau Begleitstreifen zur Entenentwürde entworfen habe. Das Genfer Blatt weist auf zwei Ungenauigkeiten hin, die für die Friedensverhandlungen gefährlich werden können.

Das „Kabinett Cassirer“.

Die „Politik-Parlamentarischen Nachrichten“, das von den Reichstagsoppositionen offiziell beeinflusste Berliner Korrespondenzunternehmen, haben dieser Tage angekündigt, daß die Vorarbeiten der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Bildung einer neuen Regierung hauptsächlich im Salon eines bekannten Berliner Verlegers „gepflegt“ worden. Man darf von diesem Salon einmal ausführlich sprechen. Es ist die Heimstätte des politischen Klubs, den der Berliner Kunstschöpfer und Literaturverleger Paul Cassirer begründet hat.

Rechtzeitig siedelte er Ende Oktober 1918 wieder nach Berlin über, und am 4. November wurde in seinem Hause im Tiergartenquartier ein politischer Klub gegründet, der als Aktionskomitee der Revolution wirken sollte. Der Klub setzte sich durchweg aus Unabhängigen Sozialdemokraten zusammen.

der Präsident keinen Unterschied mehr zwischen dem Volk und seinen ehemaligen Führern. Sodann erklärte er jeden einzelnen Deutschen für mitschuldig an dem Blutvergießen. „Journal de Geneve“ erklärt es demgegenüber für eine historische Tatsache, daß das ganze deutsche Volk sich im Juli 1914 von Rußland angegriffen und von Frankreich bedroht gelaugt habe. 2. Hinsichtlich der Gerechtigkeit erinnert das Blatt an die Dezemberbotschaft Wilsons, in der er ausdrücklich hervorgehoben habe, daß von Befriedigung egoistischer Ansprüche zu Gunsten der Sieger keine Rede sein könne.

Nach der Übergabe der Antwort.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.) rd. Versailles, 17. Juni.

Die heutige Pariser Morgenpresse, die die französische Mantelnote mit einer ausführlichen Inhaltsangabe des ersten Teils der Entente-Antwort widergab, war außer sich vor Freude über Text und Ton der ersten, während sie über die gefügigen überhörten Zwischenfälle bei der Abfahrt der deutschen Delegierten kein Wort brachte.

Die Abendblätter enthalten die üblichen und erwarteten Drohungen für den Fall, daß Deutschland nicht unterwerfen sollte. Der „Temps“ veröffentlicht auf drei vollen Seiten Mantelnote und Text des ersten Teils der Antwort. In einem Leitartikel werden die sogenannten Verbesserungen aufgezählt; freilich kann auch in der geschätzten Aufzählung nicht vorborgen werden, daß sie außerordentlich gering sind.

Die französische Presse bemüht sich fruchtlos, zu beweisen, daß die Mantelnote nicht von Clemenceau stammt. Man kann nur annehmen, daß ihr trotz der geäußerten Freude bei der Rückkehr des ungeheureichen Nachweises etwas reinlich zu Mute geworden ist. Sonst ist es unerklärlich, warum sie schon heute morgen verweist auf amerikanische Unverschämtheit. Sonst ist es unerklärlich, warum heute sogar der „Temps“ erklärt, daß die Note von Mr. Philip Kerr, dem Sekretär von Lloyd George, verfaßt wäre.

Die Pöbelausfahrungen am 16. Juni.

(Aus einem Telegramm un. Sonderberichterstatters.) rd. Versailles, 17. Juni.

Nach weik, daß ich geschrieben habe, ich hielt die Einwohner von Versailles für rabische, vernünftige Leute, die denen von anderer Deutschfeindlichkeit nicht viel zu merken wäre. Ich glaube das auch heute noch. Ich habe für den Vorfall nach einer Erklärung gesucht und sie erst in der Zeitung „Le Pays“ an verdrehten Stellen gefunden. Danach haben gestern in Paris solche Scandalszenen an den Mauern abgesehen. Es muß eben eine aufgedeckte Menne den Teil der Bevölkerung von Versailles, der bereit war, sich wie Ratende aufzuführen, von Paris aus unterstützt haben. Es ist so leicht, eine Menne in den Wahnsinn hineinzulassen, und diese französische Menne folat leicht der Strafe und der

Theater und Musik.

Städtisches Konzerthaus.

Am Mittwoch wurde in der Sommeropernette die „Rote von Stambul“ wieder gegeben. Die Titelrolle ist nun auf Hel. Friedrich übergegangen, die damit wieder einen großen Erfolg erzielt haben kann. Hel. Friedrich, deren stimmliche Weiterbildung bei anjehinend fleißigem und sachgemäßem Studium jetzt ein hohes Niveau erreicht hat, rückt auch darsächlich der Singschule eine ganz eigenartige reitpolle Note. Sehr nützlich und wirksam war beim Raichinger als Bibi, sie hat jetzt sehr viel Charme und Temperament und hat auch gefanglich Fortschritte gemacht.

Tollheit der Stunde. Einzelne ich habe den Eindruck, und ich vertrete ihn, daß für die Sicherheit der deutschen Delegation in Versailles keine Garantie mehr besteht. Ein entschlossener Mann in der tobenben Menne von gestern Abend hätte schon actern die Katastrophe herbeiführen können, hätte aentia, viel Blut fließen zu machen. Es ist unmöglich, daß unter solchen Umständen eine deutsche Delegation in Versailles sibt. Versailles ist, das wurde von allem Anfangs betont, kein anemeter Verhandlungsort angewiesen. Vom ersten Augenblick an mußte man erkennen, daß Verhandlungen in Versailles den Weg führen, den sie angehen sind. Aber wenn wir jetzt noch weitere deutsche Männer, die über den Frieden reden sollen, Steinwürfen, Lebensgefährten, unerhörten Verschimpfungen aussetzen, so ist uns nicht zu ruten und zu helfen. Die französische Regierung, die nach „Le Pays“ die Seplatane in Paris aufrich, die aufrich, daß sich die aufgedeckte Menne anlammelte, hat ihre Verantwortung schlecht erfüllt.

Der amerikanische Senat und der Friedensvertrag.

Amsterdam, 19. Juni. (Wolff.) Dem Pressebureau Radio zufolge meldet „Newport Tribune“, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifizieren werde, wenn in Paris noch einige Verbesserungen eingeleitet würden. Wenn letzteres nicht geschehen sollte, werde der Senat den Friedensvertrag ratifizieren, bezüglich des Völkerbundesvertrag jedoch einen Vorbehalt einfügen, der alle Zweifeln betreffend die Fragen, wozu die Vereinigten Staaten sich verpflichten, beheben würde.

Die Angst der Schweiz.

Bern, 19. Juni. (Schweiz. Dep. Ag.) Am 19. Juni abends läuft die Kritik ab, innerhalb deren Deutschland die Annahme oder die Ablehnung der Bedingungen zu erklären hat. Wie auch die Entscheidung fallen möge, so besteht in dieser Zeit die Möglichkeit von Unruhen in Deutschland und daß diese nach der Schweiz übergriffen können.

Der Vorarlberger.

Bern, 20. Juni. Wie der „Vöner Bund“ erfährt, handelt es sich bei der Besetzung von Vorarlberg durch italienisches Militär um eventuelle Blockademahmungen gegen Deutschland.

Die deutsche Republik.

Die Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt.

Das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt war am Mittwoch durch Truppen des Landesjägersunter General Wäcker auf Befehl der Reichsregierung besetzt worden, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt eine willkürliche Demoralisierung durchführten, sowie den Eisenbahnpräsidenten und verschiedene Deponenten absetzten. Die Truppen waren beauftragt, die Eisenbahnbeamten wieder einzusetzen. Es fanden Verhandlungen mit den Beamten- und Arbeitervereinigungen statt, in deren Verlauf die Ablegung des neueingefestigten und die Wiedereinsetzung des alten Eisenbahnpräsidenten ausgeprochen wurde. Man beschloß, eine Kommission nach Weimar zu schicken, um mit der Regierung in Verhandlungen zu treten. General Wäcker stellte in Aussicht, daß er ebenfalls bei der Regierung vorstellig werden würde und forderte die Veranmlung auf, das Ergebnis seiner Unterhandlungen mit der Regierung abzumarten.

Berliner Theater.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Als „Sachspiel“ — zur abzulaufenden Spielzeit? — stellte Paul Adel, der verbeimungsbolle Verfasser von „Sans Soucis“ und „Hollenfabrik“, und sein neues Opus „Der Hauptling“ vor. Es geht auch nicht wirklich nicht in eine der abgedruckten Wahnwitzszenen. Transfomation dürfte es auch werden, wenn es mehr Stil hätte. Die eruntersten Momente stehen teilweise auf nach-naturalistisch, zu breit und unweirtlich im Sinn der trauischen Arone neben dem Satirischen, das sich (mit Wölicher Tendenz) ins Burleske waagt, ohne überall befriedigend hinter sich zu bringen.

Kunst und Wissenschaft.

Technische Hochschule Karlsruhe.

Die Technische Hochschule Karlsruhe ist im laufenden Sommersemester 1919 Studierende und 110 Soldaten eingeschrieben; die Besuchsziffer beläuft sich somit im Ganzen auf 1163. Die Studierenden verteilen sich auf die einzelnen Fakultäten wie folgt: 40. Mathematik und allemeine bildende Künste 208, Architektur 194, Ingenieurwesen 208, Maschinenbau 290, Elektrotechnik 145, Chemie 219, Rechtswissenschaften 22.

Keine Kunstnachrichten.

Eine Kunsthochschule für Frauen wurde unter Mitwirkung der Stadt Düsselhof in dortigen Kunstsalon eröffnet. Auf eine befruchtete Zahl beabachteten Frauen kann aufgenommen werden auf Grund selbständiger künstlerischer Arbeiten, die beim Sekretariat der Kunstakademie einzuweisen sind.

Personalien.

Der nichtetattmäßige o. o. Professor der Augenheilkunde an der Münchener Universität Dr. med. Karl Schaeffer ist zum Honorarprofessor dafelbst ernannt worden. Der aus Mannheim abertirne Augenarzt und Assistent v. Rosenmunds an der Münchener Augenklinik, — Der Wiener Professor Dr. Weiskirchner ist von der Wiener Technischen Hochschule für Gelenkheilkunde seines Auscheidens aus dem Amte weanen feiner Verdienste um die Hochschule zum Ehrenprofessor der Medizin ernannt worden.

worden sei und nichts gegen die übrige Arbeiterschaft unternehmen würde, falls von dieser Ruhe gehalten werde. Ferner wurde auf die großen Schäden eines Generalstreiks hingewiesen. Die Arbeiterführer vertrugen, beschwichtigend auf die Arbeiter einzuwirken. Im Laufe des Nachmittags kam es zu Menschenanfanmlungen auf dem Bahnhofsplatz vorab und in der Bahnhofstraße. Die Menge nahm eine feindliche Haltung gegen die Posten der Regierungstruppen ein. Da diese wörrlich und tödlich beleidigt und angegriffen wurden, mußte Befehl gegeben werden, gegen die Menge mit blanker Waffe vorzugehen und den Bahnhofplatz und die Bahnhofstraße zu säubern. Aus einer Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, gab die Regierungstruppen ediglich Schreckschüsse ab. Berichte von einer großen Anzahl von Toten und Verwundeten sind erfunden. Bisler wurde ein Verletzt verletzter festgestellt. Abends wurde der Belagerungszustand verhängt.

Zur Beilegung des Zwischenfalles auf der Eisenbahndirektion in Erfurt ist zwischen dem Minister der öffentlichen Arbeiten und den Vertretern der Erfurter Beamten und Arbeiter eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden: Die am Sonntag als Deputierten und als Präsident der Eisenbahndirektion anrechtmäßig eingeleiteten Beamten und Arbeiter treten sofort von ihren Plätzen zurück, so daß die ordnungsmäßig angestellten Beamten ihre Aemter wieder übernehmen. Der Minister entzieht einen Kommissar nach Erfurt zur Untersuchung der erhobenen Beschwerden und tritt bei der Reichsregierung für die Zurückziehung der Regierungstruppen ein. Beamten- und Arbeiterorganisation leisten dagegen Gewähr für die volle Aufrechterhaltung des Betriebes und für Ruhe und Ordnung auf der Eisenbahn.

In Weimar befinden sich seit Donnerstag nachmittags 4 Uhr die Eisenbahnarbeiter und ein Teil der Beamten in Aufstand zum Protest gegen das Einrücken der Regierungstruppen in Erfurt. Die noch unterwegs befindlichen Züge werden vorläufig noch abgefertigt, so daß eine große Zahl der Teilnehmer an der Nationalversammlung und der Presse Weimar noch rechtzeitig erreicht.

Die Eisenbahnerbewegung hat sich auch auf Werra ausgebreitet. Eine stark besetzte Betriebsverammlung in der großen Eisenbahnreparaturwerkstätte hat am Dienstag den Betriebsleiter, Regierungs- und Baral Jung, seines Amtes entbunden. Einen seiner Mitarbeiter traf das gleiche Schicksal. Weiter gemeldet wird, verfahren die Züge auf der Saalebahn und auf der Weimar-Benackbahn nicht.

Weitere Ausdehnung.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Die Zustände in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

Gegenmaßregeln.

Das tschecho-slowakische Pressebureau meldet: Der polener Oberste Rat hat an die deutsche Regierung eine Note erichtet, in der es heißt, daß als Antwort auf die Einstellung von sechs polnischen Reitmännern in Obereschlesien und Westpreußen und die Verhaftung und Verfolgung polnischer Journalisten und Mitarbeiter dieser Blätter mit ähnlichen Schritten gegen deutsche Reitmännern und deutsche Journalisten.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

h. Weimar, 20. Juni. Gestern abend schien für Weimar und aana Thüringen ein allarme in einer Eisenbahnarrestand in bedrohlicher Nähe. Dadurch wäre Weimar in diesen kritischen Tagen nämlich abgeschnitten worden. Die Bahnlinie von Weimar nach Gera hat schon seit gestern früh still. Aber Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner auf dem Weimarer Schloß haben zunächst die Gefahr beseitigt. Wie wir hören, wird der Verkehr aussetzt auf den Hauptstrecken ausüben.

Aus Braunschweig wird mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen gestückelten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn. Durch sozialistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarstadt Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Ausschübe suche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarinebestimmung ist wieder in Bildung begriffen.

